



# HESSISCHER LANDTAG

15. 09. 2025

Plenum

## Antrag

### Fraktion der AfD

#### **Die Landesregierung muss Volksbegehren endlich ernst nehmen!**

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag weist auf die besondere Bedeutung von Volksbegehren für die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Hessen hin. Das Volksbegehren ist ein Instrument der direkten Demokratie und ermöglicht den Bürgern wichtige politische Themen in die Parlamente einzubringen.
2. Der Landtag erinnert sich an das Volksbegehren „Amtssprache in Hessen“, welches seinerzeit die Landesregierung aufforderte, durch einen Gesetzentwurf sicherzustellen, dass in allen Behörden und Einrichtungen des Landes intern und extern nach dem amtlichen Regelwerk der deutschen Rechtschreibung kommuniziert und auf die Verwendung der Gendersprache verzichtet wird.
3. Der Landtag hält fest, dass durch den im Dezember 2023 unterzeichneten Koalitionsvertrag und die dort beschlossene „Orientierung am Rat für deutsche Rechtschreibung“ sowie durch die medial als „Gender-Verbot“ angekündigten Maßnahmen der Landesregierung, dem Volksbegehren „Amtssprache in Hessen“ augenscheinlich die Argumentationsgrundlage entzogen wurde.
4. Der Landtag stellt in diesem Zusammenhang jedoch mit großer Sorge fest, dass entgegen der Ankündigung im Koalitionsvertrag, auf Gendern mit Sonderzeichen „in der öffentlichen Verwaltung sowie weiteren staatlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen (wie Schulen, Universitäten, Rundfunk)“ zu verzichten, in weiten Teilen bis zum heutigen Tag keine staatliche Abkehr von der sogenannten gendergerechten Sprache mit Sonderzeichen erfolgt ist.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den im Koalitionsvertrag angekündigten Verzicht auf das „Gendern mit Sonderzeichen“ in der „öffentlichen Verwaltung sowie weiteren staatlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen“ durch entsprechende Gesetzesentwürfe oder durch für alle Bürger öffentlich einsehbare Erlasse rechtsverbindlich umzusetzen.

#### **Begründung:**

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 12. September 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Dr. Frank Grobe**